

Kopie an das EPD, Politische Angelegenheiten, Bern, *Z.K. Mehl*
EPD, Verwaltungsangelegenheiten, Bern, *V. May*
Herrn Minister Huber, Schweiz. Dipl. Mission, Bonn
zur gefl. Kenntnisnahme.

KOPIE



SCHWEIZERISCHE DELEGATION

Postscheckkonto DM-Ost: Berlin Nr. 32901
Postscheckkonto DM-West: Berlin-West Nr. 30600
Telegramm-Adresse: Schweizdelegat Berlin

SPRECHSTUNDEN 9.30—13 Uhr
SONNABENDS 9.30—12 Uhr
MITTWOCHS KEINE SPRECHSTUNDEN

3 AB - Allg.1040 - A/Bk

Bitte dieses Zeichen in der Antwort wiederholen
ad No. F.71. Ot (Berlin 1040)

BERLIN NW 40, den 24. August 1950
FURST-BISMARCK-STRASSE 4
TELEFON: 39 53 21

BERLIN W 8, den
FRIEDRICHSTRASSE 194/199 I
„HAUS FRIEDRICHSTADT“
TELEFON: 56 39 41/56 36 43

Ichen

Ulysses
4.9.
4

POLITISCHES DEPARTEMENT
28 AUG 1950 000984
REF 1B 30 30. A. *M. U. A.*

Herr Adjunkt,

M. Bernthal
30. VIII. 50
zu B.

M. J. J.
30. 6.

Unter Bezugnahme auf Ihr Schreiben vom 18. v.M. beehre ich mich, Ihnen über die materielle Betreuung unserer Landsleute im Tätigkeitsgebiet der Schweizerischen Delegation folgendes mitzuteilen.

Zunächst einmal möchte ich mir einige Bemerkungen zur Frage gestatten, wie die Betreuung in der nächsten Zeit grundsätzlich gestaltet werden soll.

Die Versorgung der Schweizerbürger in Berlin und Ostdeutschland wurde von meinem Vorgänger hier organisiert, um ihnen in der kritischen Zeit nach dem Zusammenbruch Deutschlands das Durchhalten zu erleichtern und sie davor zu bewahren, ihre Existenz und Hab und Gut im Stich ~~zu~~ lassen und überstürzt in die Heimat zurückkehren zu müssen.

Seither ist hier eine gewisse Verbesserung der Lebenslage der Bevölkerung zweifellos eingetreten. In Westberlin sind die Verhältnisse einigermaßen wieder normal geworden; wenn wir hier die Lebensmittelversorgung, die übrigens von vielen Schweizern gar nicht mehr in Anspruch genommen wird, aufrecht erhalten haben, so geschah das in erster Linie deshalb, weil wir uns nicht mit einer Versorgung nur in den unter Sowjetkontrolle stehenden Gebieten dem Vorwurf der Behörden aussetzen wollten, das bedeute eine einseitig kritische Beurteilung der Lebensverhältnisse in der Ostzone, die untragbar sei.

In der Ostzone und in Ostberlin wird die Bevölkerung einer neuen staatlichen Ordnung unterworfen, die die Überbleibsel einer freien wirtschaftlichen Betätigung langsam eliminiert und die auch sonst in politischer und wirtschaftlicher Hinsicht ein Leben nach schweizerischen Gepflogenheiten und Anschauungen je länger je mehr unmöglich macht. In diesem Zusammenhang sei beispielsweise nur darauf

An die Eidgenössische Zentralstelle für Auslandschweizerfragen, B e r n .



hingewiesen, dass die Schweizerkinder in Ostdeutschland Schulen besuchen müssen, in denen unter dem Titel "Gegenwartskunde" eine systematische Erziehung zur kommunistischen Ideologie erfolgt.

Die wirtschaftliche Kraft des Landes wird in allererster Linie für staatliche Zwecke ausgenützt. Die Versorgung der Bevölkerung mit Konsumgütern muss diesen Zwecken gegenüber zurücktreten. Sie hat sich zwar etwas gehoben, und mit einer gewissen weiteren Besserung darf wohl gerechnet werden; der Fünfjahresplan, der vor einigen Wochen am III. Parteitag der SED postuliert wurde, sieht jedenfalls vor, dass die verlangten wirtschaftlichen Anstrengungen auch der Bedarfsdeckung der Bevölkerung dienstbar gemacht werden sollen. Auch so wird aber der Lebensstandard der Bevölkerung noch für lange Zeit, vielleicht dauernd, auf einem Niveau stehen bleiben, das, gemessen an schweizerischen Verhältnissen, als Notlage bezeichnet werden muss.

Wie soll bei dieser Sachlage die materielle Betreuung der Landsleute in Ostdeutschland gestaltet werden? Ich bin der Auffassung, dass die Versorgung unserer Mitbürger mit Lebensmitteln u.s.w. dazu hat dienen sollen, ihnen in kritischer Zeit nach dem Zusammenbruch der alten staatlichen Ordnung und in Erwartung des Wiederaufbaus einer neuen Ordnung das Durchhalten zu erleichtern. Ist diese neue Ordnung etabliert, muss es schliesslich Sache jedes einzelnen der unter ihr lebenden Schweizer sein, zu entscheiden, ob er unter den Verhältnissen, die sie bieten kann, hier bleiben will oder nicht. Es wäre widersinnig, wenn die schweizerischen Behörden durch dauernde Hilfsmassnahmen für Landsleute in der Fremde ein gehobenes Lebensniveau schaffen wollten, zumal in Ostdeutschland, wo wir keinen Anlass haben, treue Landsleute künstlich noch einige Zeit festzuhalten und ändern, die schliesslich doch mehr oder weniger gezwungenermassen die Heimat aufgeben werden, noch lange aus öffentlichen Mitteln Hilfeleistungen zukommen zu lassen.

Wir sind m.E. heute noch nicht so weit, dass dieser grundsätzliche Aspekt des Problems für unsere Haltung ausschlaggebend sein und uns zu einer sofortigen Liquidation unserer Hilfstätigkeit veranlassen muss. Die Entwicklung der Neuordnung in Ostdeutschland hat aber schon ein Stadium erreicht, in dem wir uns dieses Aspekts bewusst sein und den Landsleuten zum Bewusstsein bringen müssen, dass sie auf eine dauernde Aufrechterhaltung der materiellen Hilfe aus der Schweiz nicht rechnen dürfen. Wenn wir gleichzeitig anfangen, die Hilfe langsam abzubauen, können wir auch den Landsleuten erleichtern, sich entweder nach und nach auf ein Leben unter prekären Verhältnissen, wie

- 3 -

sie in Ostdeutschland nun einmal gegeben sind, einzurichten oder, wenn sie sich dazu entschliessen wollen, in aller Ruhe die Wegwanderung vorzubereiten.

In diesem Sinne würde ich, wenn die Entwicklung der Verhältnisse in Ostdeutschland weiterhin der eingeschlagenen Richtung folgt und keine entscheidenden, im Moment nicht voraussehbaren, dieser Entwicklung entgegenstehenden Ereignisse eintreten, daran denken, die Betreuung noch über den kommenden und den folgenden Winter und das Frühjahr, die erfahrungsgemäss für die Versorgung der Bevölkerung schwierigste Zeit, aufrecht zu erhalten, auf den Frühsommer 1952 hin aber die allgemeine Hilfstätigkeit bis auf das armenrechtlich allgemein Übliche und vielleicht auf besondere, zur Sicherung einzelner Existenzen in Ausnahmefällen gerechtfertigte Massnahmen einzustellen.

Um den Abbau unserer materiellen Betreuungstätigkeit einzuleiten, würde ich mich in Zukunft tunlichst noch mehr als bisher auf die Lebensmittelverteilung beschränken und diese selbst vereinfachen und reduzieren. Ich nehme in Aussicht, Ihnen gelegentlich, wenn inzwischen nicht anders über Ihre noch verbleibenden Ostmarkguthaben verfügt wird, vorzuschlagen, diese Barmittel, deren Wert für uns zweifelhaft, die aber zu einer wirksamen Hilfe für notleidende Landsleute dienen können, zur Ergänzung unserer Betreuung in weiterem Umfang als bisher einzusetzen.

Für die Verteilung ab 1. September habe ich eine Reduktion der Lebensmittelzuteilungen um ein Drittel in Aussicht genommen. Unsere Landsleute werden das nächste Mal Lebensmittelpakete im bisherigen Umfang, aber nunmehr für drei anstatt für zwei Monate bestimmt, abholen können. In den Verteilungsstellen werden die Landsleute durch einen Anschlag darüber unterrichtet und gleichzeitig schon jetzt darauf aufmerksam gemacht, dass sie mit einer dauernden Weiterführung der Verteilungen nicht rechnen dürfen. Ich lege ein Exemplar dieses Anschlags orientierungshalber bei.

Zur Frage der praktischen Durchführung der Verteilungen und der Beschaffung von Lebensmitteln zu diesem Zwecke äussere ich mich in einem besonderen Schreiben.

Genehmigen Sie, Herr Adjunkt, die Versicherung meiner vorzüglichen Hochachtung.

DER CHEF DER SCHWEIZERISCHEN DELEGATION

Beilage erwähnt.